Der

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteure sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 4gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg. — Arbeitergesuche (Inserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. zu senden.

Nr. 39. Sonntag den 30. September. 1900.

Expedition: G. Heinisch, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gefl. Beachtung! Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 73 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt.

Die Redaktion.

An die Herren Bevollmächtigten!

Die Tabak-Arbeiter-Bestellungen auf Monat Oktober müssen bis spätestens Montag den 1. Oktober bei uns aufgegeben sein. Bestellungen, die später einlaufen, werden erst nach dem allgemeinen Versand berücksichtigt.

Die Expedition.

§ 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Auf Schleichwegen sucht die Unternehmerschaft Bestimmungen, die im Interesse der Arbeiter erlassen sind, zu umgehen.

Wie die oft gepriesene „Arbeiterfreundlichkeit" jener Kreise einzuschätzen ist, zeigen wieder einmal deutlich die von einzelnen Gewerbe- und Handelskammern unternommenen Schritte gegen den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Dieser Paragraph bietet den Arbeitern mit festem Lohn die Sicherheit, daß für unverschuldete Versäumnisse, Krankheit, Kontrollversammlungen, Musterungen ꝛc. keine Lohnabzüge gemacht werden dürfen. Mit dieser menschlich-selbstverständlichen Bestimmung sind aber viele Arbeitgeber nicht einverstanden.

Eine „vertrauliche" Mitteilung der Handels- und Gewerbekammer in Chemnitz an die Großindustriellen ihres Bezirks lautet:

Hierdurch gestatten wir uns, Ihre Aufmerksamkeit gemäß Beschluß unserer Kommission für soziale Gesetzgebung und soziale Fragen insgemein vom 29. März cr. auf eine Gesetzesvorschrift des Bürgerlichen Gesetzbuches hinzulenken, welche für die Betriebsunternehmer von einschneidender Bedeutung ist. Es handelt sich um den § 616, welcher wie folgt lautet:

„Der zur Dienstleistung Verpflichtete wird des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Er muß sich jedoch den Betrag anrechnen lassen, welcher ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung zukommt."

Da der § 616 nur **dispositiven Charakter** hat, so dürften die Unzuträglichkeiten, welche aus dieser Bestimmung den Unternehmern erwachsen können, durch eine **Abänderung der Arbeitsordnung** beseitigt werden, indem etwa festzusetzen wäre, daß Arbeitern, welche durch einen in ihrer Person liegenden Grund an der Dienstleistung verhindert sind, für die Dauer dieser Behinderung ein Lohnanspruch nicht zusteht.

Wegen des näheren in der Sache gestatten wir uns, Sie auf die beifolgende Abschrift der bezüglichen Verhandlungen des Centralverbandes deutscher Industrieller vom 17. Februar 1900 zu verweisen.

Wir bitten Sie, diese Angelegenheit Ihren Vereinsmitgliedern (Fabrikantenverein) zur Kenntnis bringen zu wollen und ihnen anheim zu geben, gemeinsam mit ihren Arbeitern eine entsprechende Abänderung der Arbeitsordnung vorzunehmen.

Chemnitz, 26. März 1900.

Hochachtungsvoll
Das Präsidium der Handels- und Gewerbekammer.
Philipp. E. A. Herrl.

Die zu dieser „vertraulichen" Mitteilung an die Fabrikantenvereine beigegebene Abschrift aus den Verhandlungen des Centralverbandes deutscher Industrieller ist so interessant, daß ein Teil der Ausführungen die weiteste Verbreitung verdient. So äußerte sich Generalsekretär Bueck: „Einer der Paragraphen dieses Gesetzes, der § 616, hat aber gleich und fortschreitend ein großes Interesse in unserer Industrie hervorgerufen. Denn wenn auch die Reichsgewerbeordnung nach Artikel 32 des Einführungsgesetzes in Wirksamkeit geblieben ist, so behandelt doch dieser Paragraph ein Arbeitsverhältnis in Bezug auf die Industrie und die gewerblichen Arbeiter, welches in der Gewerbeordnung nicht geregelt ist. Dieser Paragraph hat also Gültigkeit für die Regelung des Arbeitsverhältnisses zwischen einem Lohnempfänger und demjenigen, der Lohn bezahlt." — Dr. Neisser II-Breslau: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese durchaus neue Bestimmung in allen Fällen des Dienstvertrages Platz greift, und daß sie insbesondere auch für das gewerbliche Arbeitsverhältnis in der Großindustrie und dem Kleingewerbe Geltung hat." Weiter erklärte dieser Herr, daß aus diesem § 616 eine neue Belastung der Industrie erwachse, die außerordentlich beschwerlich und ganz ungerechtfertigt sei. Diese Bestimmung stehe im krassen Widerspruch zu dem Gedanken, der unserer ganzen Arbeiterversicherung zu Grunde liegt. Es erscheine unbillig, die Lasten zur Fürsorge für den erkrankten Arbeiter den Schultern des einzelnen aufzubürden. Es komme noch hinzu, daß durch den § 616 der Zweck, den das Krankenversicherungsgesetz mit der Einführung der dreitägigen Karenzzeit verfolgte, vollständig vereitelt wird. Der Simulation, welcher man entgegen wirken wollte, wird Thür und Thor geöffnet. Unter diesen Umständen muß es noch als ein Glück bezeichnet werden, daß die Verfasser des Bürgerlichen Gesetzbuches davon Abstand genommen haben, dem § 616 den Charakter einer Zwangsvorschrift zu verleihen. Er stellt nur eine dispositive Vorschrift dar, und kann im Wege des Arbeitsvertrags, also durch Zusatz der Arbeitsordnung, seiner Geltung beraubt werden. Weiter wird bemerkt, daß der Verband Schlesischer Textilindustrieller der Ansicht sei, die Wirkungen des § 616 wenigstens für die Fälle der Erkrankung des Arbeiters allgemein zu beseitigen, und da an eine Aenderung des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Zeit auch nicht entfernt zu denken sei, wäre es vielleicht möglich, bei der bevorstehenden Revision des Krankenversicherungsgesetzes eine Bestimmung anzubringen, durch die verordnet wird, daß dem Arbeiter, der Krankenunterstützung von einer Krankenkasse bezieht, ein Anspruch gegen den Unternehmer nicht zusteht. — Freilich bleiben dann immer noch diejenigen Fälle übrig, in denen nicht Erkrankung, sondern andere Umstände, etwa Einziehung zum Militärdienst, Erkrankung eines Angehörigen und dergl. die Ursache der Arbeitsbehinderung darstellen, aber diese anderen Fälle sind wohl nicht so zahlreich, daß sie durch bedingte Belastung als eine unerträgliche erscheinen könnten." Es wurde hierauf folgende Resolution vorgeschlagen:

„Die Delegiertenversammlung des Centralverbandes deutscher Industrieller erachtet es nicht für gerechtfertigt, daß den gegen Krankheit versicherten Arbeitern im Falle einer durch Krankheit bedingten auch nur vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit irgend welche Lohnansprüche gegen den Dienstberechtigten zustehen sollen.

Die Versammlung ersuche deshalb das Direktorium, in den gesetzgebenden Organen dahin zu wirken, daß in das Krankenversicherungsgesetz anläßlich der bevorstehenden Revision desselben eine Bestimmung aufgenommen wird, durch welche derartige, auf § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches gestützte Ansprüche ausgeschlossen werden.

Die Versammlung würde es, sofern einer solchen Anregung durch die Gesetzgebung nicht Folge gegeben wird, für die Unternehmer für geboten erachten, in der Arbeitsordnung folgende Bestimmung aufzunehmen: „Arbeitern, welche durch einen in ihrer Person liegenden Grund an der Dienstleistung verhindert sind, steht für die Dauer dieser Behinderung ein Lohnanspruch nicht zu."

Herr Gerstein-Hagen kritisierte das Vorgehen des königl. Gewerbeinspektors in Iserlohn, welcher die Beanstandung solcher Arbeitsordnungen beantragt hatte, die bezüglich der Bestimmungen des § 616 abgeändert worden waren und nach seiner Ansicht „nur rechtsverbindlich sind, soweit sie den Gesetzen bezw. den Bestimmungen des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht zuwiderlaufen." (Heiterkeit.)

Lachen sie nicht, es kommt noch besser: „Auch dürfte es der guten Sitte entgegenstehen (hört, hört), durch Vertragsabrede die durch das Bürgerliche Gesetzbuch geschaffene, den Arbeitnehmern günstige Rechtsnorm, wirkungslos machen zu wollen." Er schließt mit dem Hinweise, daß der Centralverband sich wirklich ein Verdienst erwerben wird, wenn er durch eine klare Aussprache die Arbeitgeber in dem Kampf unterstützt, der sich ohne Zweifel daraus ergeben wird. Herr Dr. Haßlacher-Gelsenkirchen und Generalsekretär Dr. Bermer-Düsseldorf sind nicht für Annahme der Resolution, da man sich im Beginn derselben gewissermaßen in einen formellen Gegensatz zu dem Bürgerlichen Gesetzbuch stelle, man solle die nötigen Schritte dem Direktorium anheim geben. Herr Dr. Bermer-Düsseldorf gab noch unter allgemeinem „Bravo" zum besten, daß nicht nur der Gewerberat in Iserlohn, sondern auch der in Siegen die besprochene Aenderung beanstandet und gleichfalls betont habe, daß es der guten Sitte widerspreche, den § 616 durch die Arbeitsordnung auszuschließen. Er habe darauf den betreffenden Werken geantwortet: „Es schiene angezeigt, von den Herren Gewerberäten Belehrungen über die guten Sitten ein für allemal verbitten zu müssen."

Der Vorsitzende glaubt auch, daß durch die Annahme der Resolution die Sache nicht abgethan sei. „Es handelt sich ja nicht bloß um die Fälle, in denen ein Arbeiter wegen Erkrankung verhindert ist, zu arbeiten, sondern es kommt noch eine ganze Reihe anderer Fälle in Betracht. Man könne die Sache nicht einseitig vom Gesichtspunkte des Krankenkassengesetzes aus behandeln, deshalb wolle man von einer Abstimmung über die Resolution absehen, dagegen das bis heute vorliegende und alles weitere Material, das in der Sache aus den Kreisen des Centralverbandes noch beigebracht werden wird, dem Direktorium überweisen, mit der Aufgabe, danach das ihm erforderlich Erscheinende zu thun." (Sehr richtig!) Aus diesen Ausführungen und den Mitteilungen der Handels- und Gewerbekammer ersieht man, auf was für Schleichwegen man den geringsten Beschränkungen des Profits entgegenzutreten versucht. Die unverfrorene Art und Weise, wie man gesetzliche Bestimmungen wirkungslos zu machen beabsichtigt, und die cynische Kritik über die Thätigkeit einiger Gewerberäte sind ein neuer Beweis für die gewaltthätige, brutale Profitwut und Ausbeutungssucht des deutschen Unternehmertums. Die Aufdeckung solcher „Schleichwege" ermöglicht es der organisierten Arbeiterschaft, sich gegen ein derartiges gemeingefährliches Treiben zu rüsten, und der Arbeiterschaft im allgemeinen muß ein solches Vorgehen einen Ansporn zur Stärkung der Arbeiterorganisationen geben.

Aus Australien.

Aus Sydney wird uns über die Lohnverhältnisse der australischen Cigarrenarbeiter berichtet:

Die Löhne betragen 25 bis 30 Schilling pro Mille, was annähernd dem Wert in Mark gleichkommt. Der Durchschnittslohn eines Cigarrenarbeiters stellt sich auf 32 Schilling 6 Pence pro Woche. Der Lebensunterhalt ist teuer — für Kost und Logis bezahlt der männliche Arbeiter 16 bis 20 Schilling pro Woche. Die Cigarrenindustrie ist nur schwach vertreten. In Sydney sind ca. 50 Cigarrenarbeiter, von denen zur Zeit mehrere arbeitslos sind.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß man bei der Abfassung von Kontrakten recht vorsichtig sein soll. Würden die in diesem Jahre von Deutschland nach Sydney gereisten Cigarrenarbeiter nicht von den dortigen organisierten Kollegen gewarnt worden sein, so hätten sie den in Deutschland abgeschlossenen Vertrag auch dort unterschrieben und sich dadurch geschädigt. Durch die angedeutete Warnung haben sie es jedoch vermocht, günstigere Bedingungen zu erlangen.

Im weiteren wird dann noch mitgeteilt, daß in Perth (Westaustralien) infolge Einstellung von weiblichen Arbeitskräften zu niedrigeren Löhnen ein Streik ausgebrochen ist.

Indem wir obiges zur allgemeinen Kenntnis bringen, erwarten wir, daß die Tabakarbeiter Deutschlands handeln werden, wie es dem Solidaritätsgefühl entspricht.

Wir werden bemüht sein, ausführliche Berichte über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der australischen Tabakarbeiter zu erlangen.

Bremen. Der Vorstand.

Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes zu Mainz.

Sonntag den 23. September abends 8 Uhr fand nach vorhergegangener Begrüßung die Eröffnung der Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes statt. Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Genosse Schäfer, hieß die Delegierten herzlich willkommen und hob in seiner Ansprache die Festigkeit der Grundsätze hervor, die die organisierten Arbeiter im Kampfe um ihre Interessen verbinden, Grundsätze, die in jedem Sturm die Widerstandskraft erhöhen und der Organisation größere Kraft verleihen. Die Gewerkschaften haben keine Gefahr der Zerstörung und innerer Zerbröckelung zu befürchten, so lange die Solidarität die Arbeiter durchdringt, die bisher glänzende Erfolge den Arbeitern brachte. (Lebhafter Beifall.)

Der Arbeitergesangverein „Harmonie" erfreute sodann die Versammlung, der auch eine Anzahl Mainzer Arbeiter beiwohnten, mit einem gesanglichen Willkommengruß, der den lebhaften Beifall der Versammelten fand.

Darauf ergriff Genosse Börner-Berlin als ältester der Delegierten das Wort und übernahm die zur Konstituierung der Generalversammlung nötige geschäftliche Leitung. Er dankte für den herzlichen Willkommengruß und die Bemühungen der Mainzer Genossen. Die darauf vorgenommene Wahl ergab, daß Genosse Börner-Berlin als erster, Deichmann-Bremen als zweiter Vorsitzender, die Genossen Holzapfel, Repp, Normann, Ostertag, Niendorf, Sidow, Burghold, Wiesen als Schriftführer erwählt wurden.

Darauf wird die Präsenzliste festgestellt. Es sind alle Delegierte anwesend. Zur Mandatsprüfungskommission werden die Genossen Bakurow, Paul, Poppe, Klein und Küster gewählt. Die Wahl zur Revisions- resp. Beschwerdekommission ergiebt die Wahl der Genossen Krohn, Raab, Thieme, Schmalfeld, Günteroth.

Darauf wird festgesetzt, daß die morgige Sitzung vormittags 9 Uhr beginnt. (Schluß der Sitzung.)

Sitzung vom 24. September.

Die von dem Vorstand festgesetzte Tagesordnung wird angenommen. Darauf erstattet Genosse H. Junge Bericht für den Vorstand. Redner verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht und hebt besonders hervor, daß die Delegierten auf die im Bericht gemachten Abänderungsvorschläge Bezug nehmen möchten, der Vorstand werde dann in der Debatte auf etwaige Einwände eingehen.

Ueber den Kassenbericht giebt der Kassierer Nieder-Welland eine Erläuterung. Die Gesamteinnahme für die letzten beiden Jahre beträgt 405799.50 Mk., die Ausgabe 378046.43 Mk.

Für den Ausschuß erstattet Genosse Meister-Hannover Bericht. Aus seinen Ausführungen heben wir hervor, daß die Streiks der Kollegen an verschiedenen Orten, besonders in Finsterwalde, dem Vereine große Summen gekostet haben, so daß die Mittel des Vereins nicht ausreichten und große Anleihen aufgenommen werden mußten. Der Verein sei deshalb gegenwärtig mit Schulden belastet. Dies müsse von der Generalversammlung bei ihren Beratungen berücksichtigt werden; er hoffe, daß die Generalversammlung Beschlüsse fassen werde, die den Verein finanziell auf günstigeren Boden stellen. Er wünsche also der Generalversammlung den besten Erfolg.

Thieme-Hamburg knüpft an den Bericht des Vorstandes an und wünscht, daß künftig vorsichtig in der Anwendung der Streiks verfahren werde. Zu dem Zwecke ist Redner einverstanden, daß künftig nicht der Ausschuß, sondern der Vorstand darüber zu entscheiden habe, ob ein Streik zur Vereinssache gemacht werden soll.

Burghold-Braunschweig ist gleicher Meinung. Nur beklagt er, daß der Streik in Braunschweig nicht länger gehalten und unterstützt wurde.

Meister erläutert die Vorkommnisse bei den Streiks in Braunschweig und Finsterwalde. Schon zu lange sei die Unterstützung bei beiden gewährt worden, darum sei die Kasse des Vereins gesprengt. Ein Streik, der länger dauere als vier Wochen, der sei verloren. (Beifall.)

Schmidt-Schwedt bedauert, daß die großen Streiks das Vorgehen der Kollegen in anderen Orten hemmten, so auch in Schwedt. Es müsse künftig etwas strenger verfahren werden.

Bernst-Finsterwalde wünscht, der dortige Streik hätte noch weiter geführt werden können, dann wären seiner Ansicht nach größere Vorteile errungen worden. Resultatlos sei er nicht gewesen. Die Arbeitsverhältnisse seien nach dem Streik in verschiedenen Fabriken verbessert worden. Der Vorstand habe den Streik zu schnell abgebrochen.

Junge-Bremen verteidigt die Haltung des Vorstandes, der durch Beratung mit der Streikkommission zu der Ansicht gelangt war, daß der Streik wegen Mangels an Mitteln und auch in Rücksicht auf die starke Stellung der Fabrikanten zu beenden war. Die rücksichtslose Besprechung der Beratungen und Abmachungen in Versammlungen sei zu tadeln. In Finsterwalde habe der Vorstand zu retten gesucht, was zu retten war.

Meister erklärt die Stellung des Ausschusses, der ebenfalls der Meinung war, der Streik müsse schnell beendet werden, wenn der Verein nicht großen Schaden erleiden sollte. Die Streikenden hätten dem Ausschuß keine Aufklärung über den Verlauf des Streiks gegeben. Das sei, so lange der Verein bestehe, noch nicht da gewesen. Zeit dazu hätten die Streikenden in den 20 Wochen, die der Streik gedauert, genug gehabt.

Küster-Salza beschwert sich über den Ausschuß, der die Verhältnisse in Nordhausen nicht richtig beurteilt und darum den beabsichtigten Ausstand verhindert habe. Es würden kaum je die Verhältnisse wieder so günstig sich gestalten wie damals. Redner specialisiert die Verhältnisse und Beratungen mit dem Vorstand und Ausschuß zu jener Zeit. Mit dem Abschluß der Angelegenheit sei die Mehrheit zufrieden gewesen, ein Teil der Kollegen freilich nicht. Möge so gehandelt werden, daß uns nicht die Kautabakarbeiter verloren gehen.

Meister: Der Ausschuß konnte nicht anders handeln, denn es war kein Geld da. Insofern trifft die Beschwerde den Ausschuß nicht, der nichts bewilligen kann, wenn nichts da ist. Küster ließ durchblicken, daß ich persönlich die Schuld trage, das ist nicht wahr. Der Ausschuß berät kollegial und beschließt ebenso, wie hier die Generalversammlung.

Niendorf-Ottensen: Der Bericht des Vorstandes und Ausschusses könne entmutigen, aber man müsse trotzdem vorwärts zu streben suchen. In anderen Gewerkschaften habe sich die Zahl der Mitglieder verdoppelt. Bei uns fehle der Agitation der Impuls; die Vorortskommissionen hätten nicht die nötige Energie und Umsicht. Auch vom Vorstand sei nicht genügend Anregung gegeben worden. Wenn der Vorstand überlastet sei, müßten eben Veränderungen zum Bessern eintreten. Unsere Mitglieder müßten im rechten gewerkschaftlichen Geiste erzogen werden.

Sydow-Brandenburg: Lohnkämpfe, die eine solche Ausdehnung annehmen, wie sie hier geschildert werden, sind in der Regel verloren. Das muß uns eine Mahnung sein. Der Vorstand hat seinen Bericht in nicht zufriedenstellender Weise gegeben. Es fehlen Anregungen für die Generalversammlung. Die Klagen über unsere Verwaltungsbeamten sind zu beweglich. Dagegen wird nichts über die Agitation und ihre Erfolge gesagt. Das bedaure ich. Wir müssen doch die Lage des Vereins prüfen können. Die Zahl unserer weiblichen Mitglieder ist im Korrespondenzblatt nur schätzungsweise angegeben. Warum giebt man keine sicheren Zahlen. Ferner wünsche ich eine klare Aufstellung der Vereinsabrechnuug. Wenn es an Kräften fehlt, so müssen wir einen dritten Beamten fest anstellen. Mir gefällt der jetzige Zustand nicht.

Barth-Finsterwalde war auch der Meinung, daß der Streik so schnell wie möglich beendet werden mußte. Warum rügte es der Ausschuß nicht, wenn keine Mitteilung an ihn gelangte? Der Streik mußte abgebrochen werden, nur mußte es in anderer Weise geschehen. Kollege Junge sollte in der betreffenden Versammlung vorsichtiger vorgehen. Nach dem Streik sind zahlreiche Maßregelungen seitens der Fabrikanten vorgenommen worden.

Faure-Bremen: Es wurde die Form des Vorstandsberichtes bemängelt. Wir sind leider nicht schriftstellerisch geübt. Aber wenn es nur die Form ist, die bemängelt wird, so ist das nicht gefährlich. Wenn nur der Inhalt keine Kritik nötig macht. Die Klage über die Ueberbürdung der Beamten ist berechtigt. Verschiedene Arbeiten müssen nach den Bureaustunden gemacht werden. Anregung ist den Vorortskommissionen gegeben worden. Unsere Erfahrung sagt uns, die Vorortskommissionen haben sich überlebt, es ist zu wenig Agitationstrieb in ihnen. Ich würde die Aufhebung der Vorortskommissionen beantragen. Redner erklärt dann die Lage der Dinge bei den besprochenen Streiks.

Jürs-Neumünster hält es nicht günstig für den Verein, die Zuschußkasse obligatorisch zu machen. Wir würden viele Mitglieder verlieren. Daher bitte ich, wenn der Antrag etwa gestellt wird, ihn abzulehnen.

Junge-Langenbielau spricht gegen langwierige Streiks und ist dafür, daß dem Vorstand die Entscheidung über Streiks zugeschoben werde. Redner ist nicht dafür, daß die Vorortskommissionen aufgehoben werden, sie hätten an manchen Orten günstig gewirkt. Das Obligatorium der Zuschußkasse müsse abgelehnt werden.

Günteroth-Verden: In der Agitation muß gründlicher verfahren werden. Wir müssen vorsichtig sein in etwaigen Umgestaltungen des Vereins, die finanzielle Lage gebietet das.

Raab-Berlin geht näher auf den Streik in Finsterwalde ein. Es müsse bei Maßregelungen genauer gehandelt werden.

Deichmann-Bremen: Der Vorstand handelt bei Maßregelungen nach dem Statut.

Bernst-Finsterwalde geht nochmals auf den Streik ein.

Nachmittagssitzung.

Repp-Friedberg: Ich halte den Vorschlag für berechtigt, den Kautabakarbeitern einen Sitz im Ausschuß einzuräumen. Die Berichte des Vorstandes über die Arbeitseinstellungen lese ich immer mit Wehmut; sie zeigen, wie traurig die Verhältnisse vielerorts liegen. In Bezug auf die Agitation liegt vieles im Argen. Die Agitation hat 12000 Mk gekostet, trotzdem ist die Mitgliederzahl zurückgegangen. Wenn an bestimmten Orten durch Versammlungen Mitglieder erworben werden, so nur für kurze Zeit. Die Kollegen in den Landorten sind schwer zu gewinnen. Sie sind froh, wenn ein Fabrikant seine Fabrik in ihren entlegenen Ort verlegt. Wie können wir uns eine feste Position gegenüber den Fabrikanten schaffen? Wir müssen das konsumierende Publikum für uns zu gewinnen suchen, das bewogen werden muß, keine Cigarren zu kaufen, die unter Hungerlöhnen hergestellt wurden. Deshalb erachte ich die Resolution der Offenbacher Kollegen für praktisch. Dann müssen wir unseren Verein ausbauen, müssen die Arbeitslosenunterstützung einführen und die Zuschußkasse obligatorisch machen. So kommen wir aus der Misere am besten heraus. Der Beitrag muß um 5 Pfennige erhöht und eine Krankenunterstützung von 1.50 Mk. wöchentlich für alle eingeführt werden.

Deichmann-Bremen kommt auf den Streik in Finsterwalde zurück. Der Vorstand ging auf die Vorschläge der Finsterwalder Kollegen ein, den Streik bis nach der Quartalsmiete zu halten. Dem mußte ein Ende gemacht werden. Aus den gemachten Erfahrungen kamen wir zu dem Vorschlage, die Entscheidung über Streiks dem Ausschuß abzunehmen und dem Vorstand zuzuweisen. Ich habe nichts gegen den Ausschuß zu sagen, er hat seine Pflicht erfüllt, aber es ist praktischer, es so einzurichten. Es ist unter Umständen sehr schwer, die Wünsche der Kollegen zu berücksichtigen. Die Konkurrenz unter uns macht die Sache noch schwieriger. Oft wird uns der Vorwurf gemacht, für die großen Städte trete der Verein ein, die kleinen Orte bekämen nichts. Das ist nicht wahr. Wir sind ja der Meinung, daß dort zuerst eingegriffen wird, wo die billigsten Löhne gezahlt werden. Deshalb ist auch Finsterwalde unterstützt worden. Wenn man sagt, die Arbeitslosenunterstützung soll das Zugmittel sein, so glaube ich nicht daran. Die Landarbeiter werden immer mehr in die Cigarrenindustrie hereingezogen, das hindert unser Vordringen, denn diese Arbeiter, halb Landarbeiter, halb Industriearbeiter, sind schwer zu gewinnen. Ich bin auch der Meinung, die Vorortskommissionen müssen beseitigt werden. Sie kosten uns zu viel. Im Jahre 1898 wurden für Agitation 6665 Mark verausgabt, neu gewonnen 5967 Mitglieder. Zusammen hatten wir 1898 16 329 zahlende Mitglieder, 1899 nur 15 970, also abgenommen. Im Jahre 1899 verausgabten wir 9873 Mark; diese Summen wurden hauptsächlich von den Vorortskommissionen verbraucht. Sie haben also nichts damit erreicht. Ich bin der Meinung, daß die Agitation systematischer durch den Vorstand betrieben werden kann, als durch die Vorortskommissionen, darum muß eine Aenderung eintreten.

Burghold-Braunschweig bespricht noch einmal den Streik in Braunschweig. Zu derselben Angelegenheit sprechen noch Deichmann, Faure und Geyer.

Eberle-Nordhausen meint, wenn in die Nordhauser Bewegung Kapital hineingesteckt werde, sei auch Erfolg zu verzeichnen. Die Klagen im Vorstandsbericht über Ueberbürdung sind nicht angebracht. Wir wollen unsere Vorstandsmitglieder nicht darben lassen und danach handeln.

Wildemann-Stuttgart betont, daß ohne eine Beitragserhöhung weder in der Agitation Erfolge größerer Art erreicht werden können, noch das Unterstützungswesen auszubauen ist und Lohnkämpfe nicht, wie wir wünschen, geführt werden können. Die Gewerkschaften mit niedrigen Beiträgen prosperieren nicht. In unserer Kassenführung wünsche ich eine Aenderung, so daß aus der Abrechnung genau die Zahl der Mitglieder zu ersehen ist. Die Streiks der letzten Jahre können uns nicht ermuntern, so fortzufahren. Wir finden wohl noch andere Mittel, um unsere Lage zu heben.

Günther-Eschwege wünscht, daß die Generalversammlung den Antrag berücksichtigt, nach dem ein Kautabakarbeiter in den Vorstand oder Ausschuß gewählt werden soll. Die Agitation in den dunkelsten Landorten ist in der Regel erfolglos. Ueberflüssig und kostspielig ist es, zwei Mann zur Agitation zu schicken.

Holzapfel-Osterode: Dem Vorstand und Ausschuß wird es unmöglich sein, die Agitation allein so zu betreiben resp. zu leiten, wie es vorteilhaft für den Verein wäre. Ich halte die Organisation der Holzarbeiter mit ihren Gauverbänden und Gauvorständen für gut. Sie erleichtert die Agitation; wir agitieren zu sehr nach der Schablone. Dann muß auf die Vorkommnisse seitens der Agitatoren und der Redaktion des Tabak-Arbeiter mehr Gewicht gelegt werden. Auch müßte die bundesrätliche Verordnung für Cigarrenfabriken mehr besprochen und ihre Innehaltung besser kontrolliert werden. Ferner müßten die Vorstandsmitglieder vermehrt und mehr Arbeitskräfte für unser Bureau geschafft werden. Wenn eine oder zwei Personen mehr dem Vorstand zugeführt werden, dann können wir die Verhältnisse besser untersuchen lassen, danach läßt sich auch leichter und erfolgreicher agitieren.

Barth-Finsterwalde kommt noch einmal auf den dortigen Streik zurück.

Kraus-Würzburg: In einzelnen Bezirken hat man nichts gethan, da konnte auch nichts erzielt werden. In anderen Bezirken hatte die Thätigkeit der Genossen Erfolg. Bei uns liegen die Verhältnisse sehr ungünstig. Ich bin für Fortbestand der Vorortskommissionen; sie sind das geeignetste Mittel zur Agitation. Ferner schließe ich mich dem Wunsche an, dem Ausschuß ein oder zwei Kautabakarbeiter für Angelegenheiten der Kautabakarbeiter beizugeben.

Thieme-Hamburg erklärt gegenüber Deichmann die Hamburger Arbeitsverhältnisse. In Bremen müssen die Cigarrenmacher für Zurichtung sorgen, in Hamburg nicht. Redner ist für strengere Kontrolle, ob die bundesrätlichen Bestimmungen in den Fabriken innegehalten werden. Sie sollten auf die Hausarbeit Anwendung finden. Das muß in der Agitation berücksichtigt werden. Manche Vorortskommissionen haben sich gut bewährt.

Darauf wird die Generaldebatte geschlossen. Die Dechargeerteilung wird ausgesetzt bis der Bericht der Revisionskommission erstattet worden ist.

Darauf schreitet man zu Punkt 5 der Tagesordnung: Festsetzung der Diäten.

Die Delegierten Güntheroth, Barth, Scholz sind für 9 Mark Tagegelder. Niendorf-Ottensen dagegen tritt für die Beibehaltung des bisherigen Satzes von 10 Mark ein. Wenn auch noch ein Dutzend von Anträgen auf Herabsetzung da wäre, würde er doch für 10 Mark eintreten. Die Genossen büßen den Arbeitslohn ein, das Leben sei bei diesen Gelegenheiten teuerer als sonst. Schließlich werde man noch die Mandate in Submission vergeben. Die angebliche Sparsamkeit sei hier am unrechten Platze; die Delegierten seien die Leute, die in der Regel auch die größten Opfer brächten für die Arbeiterbewegung.

Wildemann-Stuttgart: Wir dürfen nicht so rechnen, daß wir 3 Mark Lohn pro Tag bei den Diäten zu berücksichtigen hätten. Wir wollen höheren Lohn erkämpfen, darum dürfen wir nicht für uns einen niedrigen Lohn anrechnen. Die Bahnfahrt vierter Klasse ist teuerer, als mit Rundreiseheft dritter Klasse, weil man die Schnellzüge nicht benutzen kann und längere Zeit reist.

Burghold-Braunschweig schließt sich den Wildemannschen Ausführungen an.

Kurz-Dresden ist für Herabsetzung der Diäten auf 9 Mark. Mit diesem Satz sei auszukommen.

Thieme-Hamburg ist für Beibehaltung des Satzes von 10 Mark und Benutzung von Rundreisehesten. Jürrs-Neumünster, Gerlach-Achim, Döring-Striegau sind gleicher Meinung. Haufe-Waldheim hält es nicht für recht, daß Kollegen vierter Klasse fahren und sich für dritte Klasse die Auslagen geben lassen.

Deichmann-Bremen macht eine Rechnung auf, die beweist, daß der Satz von 10 Mark der denkbar niedrigste sei; auch die Kleidung werde beschädigt, das müsse berücksichtigt werden. Wir sollten nicht nach unten, sondern nach oben ausgleichen.

Krohn-Ottensen hält es für bedauerlich, daß solche Anträge auf Herabsetzung der Diäten noch gestellt werden; sie sollten sofort in den Papierkorb wandern. Andere Verbände zahlen mehr als wir. Runden wir nach oben ab. Ich bin mit der Lösung von Fahrscheinheften einverstanden, aber das muß den Delegierten überlassen bleiben. Lehnen Sie alle Anträge ab.

Hoppe-Hildesheim ist für 8 Mark, weil die finanzielle Lage des Vereins ungünstig sei.

In der Abstimmung werden die Anträge auf Herabsetzung der Diäten mit allen gegen 14 Stimmen abgelehnt und die Beibehaltung des Satzes von 10 Mark beschlossen. Ferner wird beschlossen, wo es angängig ist, haben die Delegierten Rundreisehefte dritter Klasse zu lösen, im übrigen wird das Fahrgeld für dritte Klasse gezahlt. Die Diäten für Agitatoren werden in folgenden Sätzen beschlossen: 10 Mark für außerhalb des Wohnortes mit Nachtquartier; 7 Mark für außerhalb ohne Nachtquartier; 5 Mark am Orte. Bei größeren Touren sollen Fahrscheinhefte gelöst werden.

Sodann wird darüber beraten, ob das Protokoll in Broschürenform herausgegeben werden soll. Der Beschluß der Generalversammlung lautet auf Herausgabe des Protokolles in Broschürenform und unentgeltliche Verabreichung an die Mitglieder.

Schluß der Montagssitzung.

Dienstag, 25. September.

Die Mandatsprüfungskommission erstattet Bericht. Es sind 59 Wahlkreise durch 64 Delegierte vertreten. Beschwerden oder Proteste lagen nicht vor. Nur stellte sich heraus, daß infolge eines Rechnungsfehlers der Wahlprüfungskommission in Bremen im 54. Wahlkreis der Kollege Raab-Pfungstadt als Delegierter erklärt wurde, während Stichwahl hätte stattfinden müssen. Bezüglich dieses Falles beschließt die Generalversammlung nach eingehender Beratung mit 43 Stimmen, das Mandat Raabs für gültig zu erklären, damit der Wahlkreis, in dem die Wahl regelrecht vor sich gegangen sei, nicht unvertreten bleibe und da Raab nur eine kleine Zahl der Stimmen zur Mehrheit fehlt. Mit allen Stimmen wird beschlossen, der Wahlprüfungskommission eine Rüge zu erteilen, durch deren Schuld die Stichwahl unterblieb.

Es entspinnt sich dann noch eine Debatte über die Vorgänge bei der Wahl im 44. Wahlkreise, wo von kranken Kollegen eingesandte Stimmzettel für gültig erklärt worden sind. Das Centralwahlkomitee hat kein Recht, das Wahlrecht so zu erweitern. Auf Antrag Sidows wird beschlossen, die Wahlprüfungskommission soll das Wahlreglement einer Revision unterziehen.

Darauf tritt die Generalversammlung in die Beratung der Anträge auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung ein.

Referent ist Genosse Wildemann-Stuttgart: Früher war ich Gegner der Arbeitslosenunterstützung, jetzt bin ich für die Einführung. Andere Gewerkschaften hatten guten Erfolg mit dieser Unterstützung, so die Buchdrucker ꝛc. Die Bemerkungen des Vorstandes im Bericht sind für mich ein weiterer Grund, statt mich abzuschrecken. Es haben sich in unserem Verein mehr Mitglieder für diese Institution ausgesprochen. Auch im Verbandsorgan kamen mehr Artikel von Mitgliedern, die die Arbeitslosenunterstützung wünschen. Es sind dreiste Anträge auf Abschaffung der Reiseunterstützung gestellt. Die Reiseunterstützung betrachte ich als Arbeitslosenunterstützung. Reisende Kollegen sind arbeitslos. Wir haben mit Mitgliedern zu rechnen, die den vollen Wert der gewerkschaftlichen Organisation noch nicht erfaßt haben, sie wollen im Notfalle, im Falle der Arbeitslosigkeit eine Unterstützung haben. Bei anderen Gewerkschaften ist ein Fortschritt zu verzeichnen, bei uns nicht. Wir müssen eine Erweiterung des Unterstützungswesens herbeiführen, sonst kommen wir in zehn Jahren nicht vorwärts. Die Gegner der Arbeitslosenunterstützung sind nach zwei Richtungen zu beurteilen. Die principiellen Gegner sind an Zahl geringer geworden. Sie sagen, wir erzeugen die Arbeitslosigkeit nicht, darum haben wir nicht nötig, etwas dagegen zu thun. Das ist Sache des Staats. Von einer staatlichen Arbeitslosenunterstützung haben wir nichts zu erwarten, was die Arbeiter gewerkschaftlich fördern könnte.

Redner sucht aus anderen Gewerkschaften die Möglichkeit der Arbeitslosenunterstützung nachzuweisen. Unser Vorstand sollte durch Einziehung von Auskünften und statistischem Material aus anderen Gewerkschaften für die Einführung wirken.

Mit Streiks können wir nicht allein vorgehen. Dauernd wird nichts erzielt. Die Streikausgaben sollten vermindert werden. Wenn das Unternehmertum weiß, daß willkürlich arbeitslos gemachte Mitglieder nicht mittellos bleiben, so wird das eine günstige Rückwirkung haben. Freilich, sogleich werden wir die Arbeitslosenunterstützung nicht einführen, aber Vorarbeiten müssen gemacht werden, damit die nächste Generalversammlung etwas unternehmen kann. Es müßte eine Kommission dazu niedergesetzt werden. Möglicherweise müssen wir jetzt schon die Beiträge erhöhen, um den Verein hoch zu halten. Dann wird sich zeigen, ob wir deshalb Mitglieder verlieren. Die Arbeitslosenunterstützung würde sie fesseln. Ich bin eher für 10 Pfg. Beitragserhöhung, statt nur für 5 Pfg. Wer dann geht, wird sich wiederfinden.

Die Beteiligung unserer Mitglieder an der Erhebung zu einer Arbeitslosenstatistik war nicht zufriedenstellend. Für mich steht fest, daß die Arbeitslosigkeit in unserem Berufe so ist, daß wir die Mittel zur Unterstützung aufbringen können. Die Statistik ist nicht vollkommen, aber sie ist gewissenhaft aufgestellt.

Im Laufe der Diskussion werden wir die Dinge prüfen. Ob wir Freunde oder Gegner der Arbeitslosenunterstützung sind, wir wollen das Beste für den Verein, dieser Gedanke soll uns leiten. Meine Ansicht ist, wenn wir die Arbeitslosenunterstützung einführen, sie nur für Mitglieder gelten kann, die längere Zeit dem Verband angehören. Ich würde sie sogar als ein Reservatrecht für unsere alten treuen Mitglieder willkommen heißen. Wird man jetzt nicht sich entschließen zur Einführung, so wird man auf der nächsten Generalversammlung sich wieder damit beschäftigen müssen. (Beifall.)

Deichmann-Bremen als Korreferent kritisiert es, die Arbeitslosenunterstützung als das Wunderkind zu betrachten, das unserm Verband die unorganisierten Kollegen zuführen könnte. Es giebt Verbände, die trotz der Arbeitslosenunterstützung an Mitgliederzahl zurückgingen, andere, die sie nicht haben, hoben sich. Jetzt, wo wir einer Krise entgegengehen, wird die Einführung fraglicher, denn die Arbeitslosigkeit bei einer Krise kann nicht berücksichtigt werden. Die Tabak-Steuerpläne der Regierung können auch zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit beitragen. Principieller Gegner der Arbeitslosenunterstützung bin ich nie gewesen; man kann das bei dem Unterstützungswesen in unserem Verein doch gar nicht sein. Aber die Lohnkämpfe gewaltsam zurückdrängen, Streiks nicht anzuerkennen, nimmt der Organisation den Kampfcharakter ganz. Vorsichtig soll man bei Einleitung von Streiks freilich sein.

Ist die Arbeitslosenunterstützung im stande, dem Verein viel neue Mitglieder zuzuführen? Ich verneine die Frage. Von 22 gewerkschaftlichen Organisationen haben 17 die Arbeitslosenunterstützung obligatorisch. Der Prozentsatz der Organisierten in den resp. Berufen ist nicht immer ermutigend. Es sprechen andere Faktoren für das Fernbleiben von der Organisation mit, als die Arbeitslosenunterstützung. Redner führt eine Anzahl Beispiele aus der Statistik der Generalkommission über die organisierten Arbeiter der einzelnen Berufe an. Speciell die Cigarrensortierer, die dahin drängen, daß wir in unserem Verband die Arbeitslosenunterstützung einführen sollen, haben einen Rückgang der Mitglieder in ihrem Verband im Jahre 1899 zu verzeichnen, obgleich dieser Verband die Arbeitslosenunterstützung hat.

Bei den Gewerkschaften, die die Arbeitslosenunterstützung nicht haben, ist der Zugang von Mitgliedern stärker, als in den anderen. Redner verliest die Resultate der betr. Gewerkschaften. Gewiß, die stärksten Gewerkschaften können auf einen großen Zuwachs von Mitgliedern nicht mehr rechnen, aber sie bedurften der Arbeitslosenunterstützung nicht, um die große Zahl von Mitgliedern zu erwerben. Unsere Reiseunterstützung für Verheiratete und die Umzugsgelder sowie die Unterstützung beim Ableben der Ehehälfte, die Ausgaben für Rechtsschutz erfordern ca. 16000 Mk. jährlich; die Reiseunterstützung für Ledige ca. 22000 Mk. Die Differenz ist also nicht so groß, daß man sagen dürfte, für die Verheirateten thue der Verein zu wenig. Dazu kommt es den Verheirateten zu gute, wenn die Ledigen mehr reisen.

Ehe wir an die Einführung der Arbeitslosenunterstützung gehen, müssen wir selbstverständlich die Beiträge erhöhen. Das wird uns in der Agitation für den Verband nicht fördern. Es ist zu berücksichtigen, daß wir mit der ländlichen Arbeiterschaft in den rückständigsten Orten zu rechnen haben, was bei Buchdruckern und anderen Berufen nicht der Fall ist. Diese Arbeiter betrachten teilweise die Cigarrenarbeit als Haupterwerb, die Landwirtschaft als Nebenerwerb, teilweise ist es umgekehrt der Fall. Dazu kommt die Verzweigtheit der Hausarbeit, der Ueberarbeit am Abend. Dieses Arbeiterelement rechnet nicht mit der Arbeitslosenunterstützung. Mit einer Beitragserhöhung von 5 Pfg. kommen wir nicht aus, wir müssen mindestens um 10 Pf. den Beitrag höher stellen. Auch das fördert die Agitation nicht. Dann kommt es doch auch auf die Höhe der Unterstützungssätze an. Und nun kommt auch die Krise hinzu, die jetzt schon die Zahl der Arbeitslosen erhöht. So zeigt es sich in Bremen wie in Hamburg. Ich bin überzeugt, 10 Pfg. Beitragserhöhung reichen nicht. Wir haben ferner mit der Gegenagitation der Fabrikanten ꝛc. ꝛc. zu rechnen.

Wenn aber die Arbeitslosenunterstützung trotzdem eingeführt werden soll, dann soll es von einer Urabstimmung abhängen. Erklären sich zwei Drittel dafür, nun, dann müssen wir es wagen, dann ist auch die Garantie gegeben, daß der Verein nicht zu sehr an Mitgliedern zurückgeht, wie ich es befürchte. Ich glaube nicht an die Wunderwirkung der Arbeitslosenunterstützung. Wir müssen die Massen durch eine rege Agitation aufklären und sie so zum Verein heranziehen. Lehnen Sie die Anträge auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung ab. (Lebhafter Beifall.)

Sidow-Brandenburg: Ich bin aus Zweckmäßigkeitsgründen für die Arbeitslosenunterstützung. Sie wird den Verein kräftigen. Die Massen zu gewinnen, müssen wir eben andere Mittel ergreifen. Wir haben die Klagen über Beitragserhöhung schon länger gehört. Andere Gewerkschaften haben sich davor nicht gescheut und hatten Vorteil davon. Dieses Jahr hat sich die Zahl der Anträge für Einführung der Arbeitslosenunterstützung erhöht, obgleich in unserem

Verbandsorgan die Frage nicht so diskutiert worden ist, wie vor zwei Jahren. Das beweist, daß sie immer mehr Anhänger gewinnt. Gestern verlangte man schon von Gegnern der Arbeitslosenunterstützung höhere Beiträge zu erheben, da scheut man sich also nicht davor. Man hört in der Generalversammlung immer das alte Lied, wir müssen vorwärts, aber man thut nichts. Die Ausführungen des Kollegen Schlüter im Tabak-Arbeiter gegen die Arbeitslosenunterstützung können mich nicht abhalten, dafür einzutreten. Der von ihm angeführte englische Maschinenbauerverband ist an Mitgliedern immer stärker geworden. In deutschen Verbänden ist der Beweis erbracht, daß die Arbeitslosenunterstützung ohne Schaden eingeführt werden kann. Ich bin für eine Beitragserhöhung von 10 Pfg., damit wir das Deficit des Vereins decken und zugleich die Arbeitslosenunterstützung einführen können.

Meister-Hannover: Ich bin mit der Absicht hergekommen, nur mit wenigen Ausführungen mich an dieser Debatte zu beteiligen. Die Geschichte ist die beste Lehrmeisterin, das haben wir bei der Entwickelung der Krankenkasse gesehen. Krankheit ist der schlimmste Fall, aber die Krankenunterstützung hat dem Verbande nicht massenhaft Mitglieder zugeführt. Die Fluktuation blieb im Vereine und wird auch nicht verschwinden. Der Vorstand hat das Recht, auch eine eigene Meinung zu haben und zu vertreten. Das wird auch so bleiben. Mich wundert, daß Wildemann nichts von der Regelung der Arbeitslosenunterstützung durch den Staat oder Kommune wissen will, da doch in Süddeutschland dieser Gedanke sich immer mehr verbreitet.

In diesem Augenblicke ist es doppelt gefährlich, eine neue Institution einzuführen. Die Krise wird nicht spurlos an dem Vereine vorübergehen und dann — so leid es mir thut, dies hier sagen zu müssen — hat der Verband jetzt 25904 Mark Schulden. Die Statistik, die wir aufgemacht haben, ist nicht maßgebend für den Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung, sie genügt nicht. Wer will Mitglieder gewinnen, wenn man den Kollegen sagt, in Jahren erst erhaltet Ihr Unterstützung, wie das Wildemann empfahl. In unserem Verbande und Berufe liegen doch auch die Verhältnisse anders, als in anderen Verbänden und Berufen. Bei den Metallarbeitern trat eine Zersplitterung durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ein. Eine Erhöhung der Beiträge um 40 Pfg. pro Monat bringt einen gewaltigen Rückschlag für unseren Verband. Wer das nicht einsieht, hat nichts gelernt aus der Geschichte unseres Vereins.

Jürs-Neumünster ist besorgt, in jetziger mißlicher Zeit die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Die Unternehmer würden sich ebenfalls diese Institution zu nutze machen.

Racurow-Dresden: Deichmann hat Wildemann widerlegt, der eine merkwürdige Schwenkung gemacht hat. Die Fluktuation soll verhindert werden; das wird nicht eintreten. Sie ist auch in Verbänden vorhanden, die die Arbeitslosenunterstützung haben. So im Buchdruckerverband. Am Metallarbeiterverband sollten wir studieren, wie die Arbeitslosenunterstützung wirkt. Nun, sie zeigt sich nicht als Mittel, die Mitglieder an den Verband zu fesseln. Bei geringen Unterstützungen hält man die Mitglieder nicht; wenn sie lange arbeitslos sind, nehmen sie die geringst bezahlte Arbeit lieber an, als mit der noch niedrigeren Unterstützung zu vegetieren. Die Festhaltung der organisierten Arbeiter an ihren Verbänden muß ihrer Aufklärung zu verdanken sein. Das ist auch die Ursache des Aufschwungs mancher Gewerkschaft. Vorbedingung der Arbeitslosenunterstützung ist ein guter Arbeitsnachweis und ein Lohntarif. Ein guter Arbeitsnachweis ist unmöglich, weil wir die Kontrolle nicht genügend ausführen können. Und einen Lohntarif haben wir nicht. Die Zahl der Anhänger der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verband mehrte sich, als Wildemann in seinen Berichten erklärte, möglicherweise sei die Arbeitslosenunterstützung einzuführen ohne Beitragserhöhung. Ich betrachte die Einführung als eine Schwenkung nach rechts, der Kampfesgeist wird geschwächt.

Nachmittagssitzung.

Die Revisionskommission erstattet Bericht. Sie stellt fest, daß die Schulden des Vereins nicht 24000, sondern rund 19000 Mark betragen. Die Kommission beantragt, dem Vorstand Decharge zu erteilen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Dann wird in der Debatte über die Arbeitslosenunterstützung fortgefahren.

Ostertag-Altona: Ich halte den gegenwärtigen Zeitpunkt für den günstigsten, im Gegensatz zu Meister. Wir dürfen den Vorstand nicht ohne eine Erhöhung der Beiträge an die Arbeit schicken, das wird sich am besten durchführen lassen, wenn wir den Mitgliedern auch ein Aequivalent dafür bieten. Aus der Krankenkasse traten die Mitglieder aus, weil sie ihre Interessen nicht verstanden. Es giebt Orte in Deutschland, die den Streik nur dem Namen nach kennen und wo vielleicht niemals ein Streik ausbrechen wird. Den Leuten an solchen Orten müssen wir etwas bieten, darum die Arbeitslosenunterstützung. Der Sortierer-Verein hat wohl einige Mitglieder verloren, aber die Kämpfe in diesem Verein und die ganzen Verhältnisse lassen es begreiflich erscheinen; es stehen ihm aber verhältnismäßig mehr Mittel zur Verfügung, weil auch höhere Beiträge gezahlt werden.

Klingenhagen-Herford: Man stellt die Gegner der Arbeitslosenunterstützung als verbohrt und kenntnislos in der Arbeiterbewegung hin. Aber ich weiß, daß wir in der Agitation gar keinen Vorteil von der Arbeitslosenunterstützung haben. Die 25000 Cigarrenarbeiter in Minden und Umgegend sind mit der Arbeitslosenunterstützung nicht zu gewinnen. Sie sind, wie ich, halb Landleute, halb Industriearbeiter; zu ihnen muß mit Bauernzungen geredet werden. Die Aufzählung der Vorteile des Vereins verfängt bei ihnen nicht. Das sind die Nachteile der Hausarbeit. Darum ist es auch richtig, daß bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung die kleinen Orte für die großen Orte noch aufkommen müßten, wo die Arbeitslosigkeit vorwiegend auftritt. In unserem Berufe herrscht die Hausarbeit vor, während die Metallindustrie und andere Berufe vorwiegend Fabrikbetrieb aufzuweisen haben. Wir könnten wegen der Hausarbeit die Arbeitslosigkeit gar nicht kontrollieren, wie es notwendig wäre.

Günther-Eschwege: Der Hauptzweck des Verbandes ist, auf günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzuwirken. Bei den deshalb geführten Kämpfen wirkt die Reiseunterstützung gut als Arbeitslosenunterstützung. Warum soll die Arbeitslosenunterstützung nicht auch in anderer Form gegeben werden? Eine Organisation mit Arbeitslosenunterstützung wirkt auf die Arbeitsverhältnisse günstiger ein, als eine Organisation ohne Arbeitslosenunterstützung.

Schmalfeldt-Bremerhaven: Ich sollte ein Referat zu dieser Frage übernehmen, ich lehnte das in Rücksicht auf meine jetzige Stellung ab. Ueber dreißig Jahre stand ich direkt in den Reihen der Kollegen und habe für die Interessen des Vereins gewirkt. Meine Erfahrungen geben mir das Recht, jetzt hier Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Es ist eine Ueberhebung von Ostertag, wenn er die Kollegen in großen Städten für klüger erklärt, als die in kleinen Städten. Wir haben trotz des Rückgangs der Industrie in großen Städten unseren Mitgliederstand erhalten. Das ist ein Erfolg der Agitation. Die jetzt sehr umsichtig organisierte Agitation muß fortgeführt werden. Wenn Wildemann selbst die Arbeitslosenstatistik für unvollständig erklärt, weil viele Kollegen sich nicht beteiligten, dann ist es doch erklärlich, wenn Deichmann die Statistik für unzuverlässig hält. Bei einer Krise kann die Arbeitslosenunterstützung den ganzen Verband in Frage stellen. Die Behauptung, es käme in nicht ferner Zeit dahin, gar keinen Streik mehr zu unterstützen, ist charakteristisch. Wollen Sie den Gewerkschaften den Kampfcharakter nehmen, dann können die Gewerkschaften ganz einpacken. Als Unterstützungsvereine allein können sie nicht bestehen. Um 10 Pfg. müßte der Beitrag erhöht werden.

Repp-Friedberg: Ich dachte nicht, daß es noch principielle Gegner der Arbeitslosenunterstützung unter uns gäbe. Vielmehr erwartete ich, praktische Einwände würden hier mehr zum Ausdruck gebracht. So die Frage, ob mit 5 Pfg. Beitragserhöhung die Arbeitslosenunterstützung durchzuführen sei. Blicken wir auf die Sortierer, die mit uns gleiche Verhältnisse haben. (Widerspruch.) Redner erklärt die Stellung der Sortierer. Die Krise soll uns nicht abhalten, etwas zu thun, was für uns vorteilhaft ist. Die Mindener Hausarbeiter gewinnen wir nicht, wenn wir bloß 5 Pfg. Beitrag pro Woche erheben. Solidarität ist es nicht, wenn man sagt, die kleinen Orte müßten für die großen Städte arbeiten und Opfer bringen. Die Erfolge bei Lohnkämpfen sind minimal, der Bericht des Vorstandes zeigt dies. Wenn der Mitgliederstand innerhalb einer Prosperitätsperiode nur erhalten blieb, so ist das eher ein Rückschritt zu nennen. Ich schätze diese Thatsache nicht so hoch ein, wie Schmalfeldt.

Eberle-Nordhausen: Aus der Diskussion ergiebt sich, daß unser Verband ausgebaut werden muß. Mit einer Beitragserhöhung, glaube ich, kommen wir aus. Wenn der Verband die Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung beschließt, dann erklärt er seine Existenz für verwirkt, denn er ist dann nicht ausbaufähig. Der Arbeiter muß fühlen, daß der Verband in jeder Beziehung hinter ihm steht.

Sommer-Goldberg: Bei uns liegen die Verhältnisse so schlecht, daß eine Beitragserhöhung nicht ertragen werden kann. Die Familienväter erzielen einen Lohn von 8—9 Mk. Die Metallarbeiter haben höheren Lohn, diese können also höhere Beiträge zahlen. Ich befürworte Urabstimmung, falls die Generalversammlung der Einführung der Arbeitslosenunterstützung näher tritt; zuerst aber ersuche ich die darauf gerichteten Anträge abzulehnen.

Günteroth-Verden: Ich stimme Deichmann und Schmalfeldt bei. Mit 5 Pfg. Beitragserhöhung kommen wir nicht aus; auf der nächsten Generalversammlung kämen Anträge auf weitere Erhöhung der Beiträge.

Junge-Langenbielau: Ich habe mir gewünscht, einer Auseinandersetzung wie der heutigen beiwohnen zu können. Nach den sachlichen Beratungen, die bis jetzt gepflogen worden sind, schließe ich mich den Genossen an, die die Arbeitslosenunterstützung ablehnen wollen. Bei uns in Schlesien erzielen wir nichts damit. Urabstimmung müßte mindestens stattfinden.

Holzapfel-Osterode: Aus welchem Grunde hat man denn Erhebungen anstellen lassen über die Arbeitslosigkeit? Doch nur deshalb, weil man wissen wollte, ob die Kosten zu hoch würden. Nun ergiebt die Statistik ein verhältnismäßig günstiges Bild. Mit der Ansicht Wildemanns, daß wir den Streik bald nicht mehr als geeignetes Mittel zur Verbesserung unserer Lage ansehen könnten, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Als Anhänger der Arbeitslosenunterstützung will ich unserem Verband den Kampfcharakter nicht nehmen. Erfahrungen mit der Arbeitslosenunterstützung haben wohl nur die Buchdrucker gemacht, andere Organisationen haben sie noch nicht lange eingeführt und noch keine Erfahrungen hinter sich.

Haberland-Deuben: Der Arbeitsnachweis wäre Voraussetzung der Arbeitslosenunterstützung. Aber er ist, wie in Berlin bewiesen wird, nicht durchführbar. Auch ich bin der Meinung, daß durch starke Erhöhung der Beiträge Mitglieder dem Verband verloren gehen. Das zeigten frühere Vorgänge.

Gerlach-Achim ist auch für Urabstimmung, wenn ja die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen werden sollte.

Sidow-Brandenburg kommt nochmals auf die Statistik zurück; sie sei nicht ungünstig. Man könne und müsse noch Bestimmungen über Beiträge, Karenzzeit u. s. w. treffen, um den Verein nicht zu überlasten. Wir können von vornherein den Bankrott erklären, wenn es wahr wäre, wie einzelne sagten, daß eine Erhöhung der Beiträge um 10 Pfg. nicht getragen werden könnte.

Roof-Magdeburg will im Falle der Einführung Urabstimmung. Die Mitglieder einzelner Zahlstellen würden nicht für die Arbeitslosenunterstützung eingetreten sein, kannten sie die finanzielle Lage des Vereins.

Burghold-Braunschweig: Experimente haben wir immer gemacht. Das Obligatorium des Gewerkschafters, die Zuschußkasse, überhaupt die §§ 11—13 des Statuts, die Umzugsgelder — alles das waren Experimente. Nun kommt die Arbeitslosenunterstützung, für die erfreulicherweise immer mehr Mitglieder sich interessieren. Die Statistik giebt den Befürwortern der Arbeitslosenunterstützung recht. Prozentual ist die Beteiligung an der Statistik hoch, darum ist sie schätzenswert. Ein Fehler war es, als die Generalversammlung 1887 in Halberstadt die Beiträge herabsetzte, seit jener Zeit datiert die mitunter hervortretende finanzielle Verlegenheit. Eine Erhöhung der Beiträge muß erfolgen, mit oder ohne Arbeitslosenunterstützung. Besser ist's, wir können sagen, wir bringen dafür eine neue Unterstützungsform mit.

Helbig-Hänichen: Ein Agitationsmittel ist die Arbeitslosenunterstützung. Nur muß es vielen Kollegen erst plausibel gemacht werden.

Schluß der Sitzung.

* * *

Mainz, 26. September. (Telegramm.) Die Beratung über Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde heute fortgesetzt und nach lebhafter Debatte mit **47** gegen **17** Stimmen **abgelehnt**.

Rundschau.

Abermals eine Ohrfeige für den Gewerkvereins-Anwalt. Der arme Dr. Hirsch muß es schwer büßen, daß er im preußischen Abgeordnetenhause anläßlich der Straßenbahnerstreikdebatte in einer Rede gegen die Ausständigen zeigte, daß seine zur Schau getragene Harmoniedusel in Wirklichkeit nichts als Unternehmerfreundlichkeit ist. Zahllos sind die Gewerkvereine, die ihm schon ihr Mißtrauen bekundet haben. Herr Hirsch wandte und drehte sich vor Verlegenheit, er suchte sich zu entschuldigen, er hätte die Rede Thielens nicht gehört, seine Werkzeuge boten hier Gnade — das alles konnte ihn vor dem Peitschenhiebe nicht schützen, den er jetzt von einem Verbandstage der rheinischen Gewerkvereine erhalten hat. Hier beschlossen, trotz allen Bittens des Verbandskassierers Klein und trotz Vorlesens mehrerer Reden des Gewerkvereinsanwalts, 22 von den erschienenen 24 Vereinen und Verbänden eine Resolution, in der erklärt wird, daß die Versammlung die Haltung des Abgeordneten und Verbandsanwaltes Dr. Hirsch in Sachen des Straßenbahnerstreiks nicht billige. Dabei blieb es aber nicht, den armen Hirsch erwarteten vielmehr noch härtere Prüfungen. Als bekannt wurde, Herr Hirsch habe, als die Sache im Centralrat zur Sprache kam, erklärt, als Abgeordneter sei er niemandem, auch dem Centralrat nicht, eine Verantwortung schuldig, rief man aus der Versammlung, dann möge er die Konsequenzen ziehen. Da fehlte also gar nicht viel und der Gewerkschaftsanwalt hätte in aller Form einen Fußtritt erhalten.

Gewerkschaftliches.

Köppelsdorf, Achtung! Die Firma Alfred von Berg teilt uns mit, daß in ihrer Fabrik keine Differenzen ausgebrochen seien. Aufklärung in dieser Sache wird durch den Verbandsvorstand geschaffen werden.

Birnbaum. Da Maßregelung und Lohndifferenzen bestehen, ist Zuzug streng fernzuhalten.

Der Zuzug nach Alt- und Neu-Ruppin ist wegen Lohndifferenzen streng fernzuhalten.

Finsterwalde. Ersuchen den Zuzug streng fernzuhalten, da hier noch viele Arbeitslose sind. Das Umschauen ist streng verboten.

Mutzschen. Zuzug nach hier ist noch fernzuhalten.

Warfleth. Hier sind Differenzen ausgebrochen und ist Zuzug zu vermeiden.

Wollstein in Posen. Hier finden andauernd Entlassungen statt, deshalb bitten wir die reisenden Kollegen, Wollstein zu meiden.

Achtung! Der Zuzug nach Cannstatt ist noch nicht freigegeben und ist derselbe streng fernzuhalten. Die reisenden Kollegen werden gebeten, dieses zu beachten. In letzter Zeit wurde dieser Beschluß von den Kollegen nicht genügend beachtet. Sollte dies auch ferner geschehen, so werden wir gezwungen sein, statutarisch einzugreifen.

Berichte.

Bochum. Den Kautabakspinnern sei folgendes zur Beachtung empfohlen. Die Arbeitsverhältnisse bei der Firma F. D. Cramer sind derart, daß sie als unannehmbar bezeichnet werden müssen. Das zu verarbeitende Material ist schlecht, die Hilfsarbeiterinnen sind Mädchen von 14—16 Jahren, die infolge der mangelhaften Anlernung sowie der kurzen Zeit, in der sie beschäftigt, nicht zuverlässig sind. Die Löhne der Hilfsarbeiterinnen sind niedrig, so daß diese nicht lange in unserer Branche Beschäftigung suchen. Nicht einen Tag kann man darauf rechnen, daß am anderen Tage dieselbe Vorlegerin am Platze ist. Trotz dieser ungünstigen Umstände wird eine Arbeit verlangt, die unter den gegebenen Verhältnissen nicht geliefert werden kann. Erlaubt sich ein Spinner, über das Material zu klagen, so wird ihm gleich der Stuhl vor die Thüre gesetzt. Hat man das Unglück, einmal zehn Minuten nach 7 Uhr morgens die Arbeitsstätte zu erreichen, so muß man bis zehn Minuten vor 9 Uhr warten, bevor man eingelassen wird. Nicht selten kommt es vor, daß man auf die Verabreichung von Decker warten muß, wenn der vorher verausgabte bereits verarbeitet ist. In Anbetracht der geschilderten Mißstände wäre es gewiß notwendig, daß die bei Cramer beschäftigten Arbeiter geschlossen handelten, um Abhilfe zu schaffen. Das ist aber leider nicht der Fall. Statt dessen muß man wahrnehmen, wie Verräter an der Arbeitersache ihr schmutziges Handwerk ausüben. Schreiber dieses wurde entlassen, weil er äußerte: „So lange ich hier bin, kommt kein Spinner aus meiner Vaterstadt nach Bochum, ich würde dies nicht verantworten können.“ Diese Aeußerung wurde dem Meister und durch diesen dem Prinzipal überbracht; darauf wurde ich „wegen Aufreizung“ entlassen. Wer nähere Aufklärung über die Denunzianten haben will, wende sich an den Vorstand in Bremen. Indem ich diese Zeilen der Oeffentlichkeit übergebe, erwarte ich, daß besonders die Tabakspinner die nötige Schlußfolgerung ziehen und nicht leichtfertig bei der in Frage kommenden Firma in Arbeit treten.

O. K.

Litterarisches.

Soeben hat die Buchhandlung Vorwärts in neuem geschmackvollen Einbande ihren **Arbeiter-Notiz-Kalender für 1901** erscheinen lassen. Derselbe enthält als Extrabeilage auf Kunstdruckpapier das Porträt W. Liebknechts. Der Inhalt ist wiederum ein sehr reichhaltiger. Von allgemeinem Interesse für die Arbeiter ist der Artikel über die wichtigsten Bestimmungen des neuen Invalidengesetzes in Frage- und Antwort-Form; der deutsche Flottenbestand und seine Kosten; das Bild über das Wachstum der wichtigsten deutschen Städte in 100 Jahren; Wichtige Erfindungen und Entdeckungen; Maße und Gewichte und ein Bild aus der deutschen Medizinalstatistik. Für die Gewerkschaften von besonderem Interesse sind die Adressen der Fabrikinspektoren mit Angabe ihrer Amtsbezirke, die Adressen sämtlicher Gewerkschaftsvorstände, Arbeitersekretariate ꝛc. Die Parteigenossen werden die statistische Zusammenstellung der Reichstagswahlen mit allen Nachwahlergebnissen bis August 1900 wieder für Nachschlagezwecke begrüßen und die Biographien und Porträts der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion enthalten selbstverständlich auch die seit dem Vorjahre neugewählten Abgeordneten. Dieser Auszug aus dem Inhalte dürfte den diesjährigen Arbeiter-Notiz-Kalender als praktisches Nachschlagebuch für Gewerkschafts- und Parteigenossen empfehlen. Der Preis ist der alte: 60 Pfg.

Briefkasten der Redaktion.

L. M., Verden. Das Bureau der Tabakarbeitergenossenschaft befindet sich Hamburg-Eimsbüttel, Schäferstr. 17/19.

Vereinsteil.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: **Hamburg-Ihlenhorst**, Mozartstr. 5, I.

Folgende Beträge sind bei der Hauptkasse eingegangen:

Finsterwalde . . .	ℳ 500.—
Zuschüsse an die Ortsverwaltungen:	
Frankfurt a. O. . . .	ℳ 100.—
Lauban	„ 100.—
Neckarhausen . . .	„ 100.—
Liegnitz	„ 90.—
Summa	ℳ 390.—

Durch die Hauptkasse erhielten Krankengeld:

H. Röhlsberger in Lucka	ℳ 30.—
F. Fuckel in Steinseifersdorf	„ 10.80
E. Heise, Herzberg (Elster)	„ 5.—
O. Gaunitz in Oschatz .	„ 10.80
Frau Uhde, Volkersheim	„ 6.60
Summa	ℳ 63.20

Hamburg, den 24. September 1900. **P. Otto.**

Beigetreten sind: In **Burg b. Magdeb.:** Anna Schulze geb. Lange aus Ballenstedt. Adr.: M. Löser, Schortauer Straße 20. **Chemnitz:** Frau Anna Schoppe aus Wehnsteck. Adr.: Fl. Graupner, Stiftstraße 11, I. **Dresden:** R. Just aus Aschersleben. Adr.: R. Richter, Helgolandstraße 3, II. **Durlach:** Emilie Streib aus Durlach. Adr.: J. Demand, Auerstr. 13, Hinterhaus. **Emmendingen:** Marie Rösch aus Emmendingen, Elise Hügle aus Heimbach. Adr.: K. Sillmann, Westend 227. **Fürth i. B.:** Franziska Haunfelder aus Eckermühle, Babette Schotter aus Speyer, Marg. Eichmüller aus Grötschenreuth, J. Endres aus Augsburg (z. R. 4. Kl.). Adr.: W. Aldinger, Staudengasse 4. **Goldberg i. Schl.:** Ida Kuste aus Rosenau. Adr.: W. Sydow, Junkerstr. 227. **Oppeln:** P. Krensel aus Oppeln. Adr.: M. Schüller, Bleichstr. 51. **Schönlanke:** B. Michel (z. R.), E. Heuer (z. R.), Martha Brieske, Martha Steinkraus (z. R.), sämtlich aus Schönlanke. Adr.: R. Bötzer, Friedrichstr. **Südlengern:** H. Bösmann aus Bieren. Adr.: H. Hanbrok, Kirchlengern 53. **Hauptkasse:** P. Hahn aus Reichenbach.

Hamburg, den 24. September 1900. **H. Lenz.**

Um Mitteilung über den jetzigen Aufenthalt des Cigarrenarbeiters **Wilh. Günther** aus **Wernigerode** (früher in Hamburg) ersucht **H. Lenz.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Joh. Herm. Junge, Vorsitzender, **Bremen**, St. Jürgen-Str. 53.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Martinistraße 4, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreibe- u. Wertsendungen nur an W. Rieder-Welland, Bremen, Martinistraße 4, II.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Heinrich Meister, Hannover, Lange Str. 1, II., zu adressieren.

Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes (Sitz Bremen).

2. Quartal 1900.

Einnahmen:

Barbestand in den Zahlstellen am 1. April 1900	ℳ 32771.30
In Händen des Vorstandes am 1. April 1900	„ 15365.20
A. Zahlstellen:	
Für Quittungsbücher	„ 238.40
An Verbandsbeitrag à 20 Pfg.	„ 26588.80
„ „ à 15 Pfg.	„ 1389.90
„ „ à 10 Pfg.	„ 5301.20
„ Zuschußkassenbeitrag à 20 und 25 Pfg.	„ 7513.80
„ „ à 10 und 15 Pfg.	„ 5098.80
„ sonstigen Einnahmen	„ 687.36
B. Hauptkasse:	
An Einzelbeiträgen	„ 12.05
„ zurückgezahlten Geldern	„ 59.87
„ freiwilligen Beiträgen	„ 2369.25
„ Darlehen aufgenommen	„ 5000.—
„ Darlehen zurückerhalten	„ 6000.—
Für Annoncen	„ 3.05
„ internationale Marken	„ 3.40
Summa	ℳ 108402.38

Ausgaben:

A. Zahlstellen:	
An Reiseunterstützung an Verheiratete	ℳ 1017.44
„ „ „ Ledige	„ 6499.59
„ Unterstützung für Maßregelung	„ 850.53
„ „ „ Streiks	„ 36685.18
„ „ für Rechtsschutz	„ 24.—
„ „ beim Ableben der Ehehälfte	„ 1216.—
„ „ „ Umzug	„ 2632.32
„ „ der Zuschußkasse pro Tag 1 Mk.	„ 6040.50
„ „ „ „ pro Tag 50 Pfg.	„ 3962.—
„ Mietdarlehen	„ 401.—
„ Unterschlagungen in 2 Fällen	„ 49.85
Dem 2. Bevollmächtigten in Greiffenberg gestohlen	„ 14.69
An Agitationsunkosten	„ 2042.95
„ Verwaltungskosten	„ 2467.78
„ anderen Verwaltungskosten	„ 2785.57
B. Hauptkasse:	
An Agitationsunkosten	„ 610.35
„ Abonnement für den Tabak-Arbeiter	„ 2336.32
„ Reiseunterstützung	„ 24.32
„ Darlehen zurückgezahlt	„ 2000.—
„ Verwaltungskosten	„ 945.—
„ anderen Verwaltungskosten	„ 749.96
Barbestand in den Zahlstellen am 30. Juni 1900	„ 32424.95
In Händen des Vorstandes am 30. Juni 1900	„ 2622.08
Summa	ℳ 108402.38

Bilanz:

Gesamt-Ausgaben	ℳ 73355.35
Gesamt-Einnahmen	„ 60265.88
Mehr-Ausgabe im 2. Quartal 1900	ℳ 13089.47
Barbestand am 1. April 1900	ℳ 48136.50
Mehr-Ausgabe im 2. Quartal 1900	„ 13089.47
Bleibt Bestand am 30. Juni 1900	ℳ 35047.03

Bremen. **Der Vorstand.**
W. Nieder-Welland, Kassierer.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Alvensleben:** Herm. Thielecke als Kontrolleur.
Für **Bretten:** Franz Müller als 3. Bev.; Joseph Stirmlinger und August Bussemer als Kontrolleure.
Für **Clausthal:** Anton Schrievers als 1. Bev., Wilh. Steinhof als 3. Bev.
Für **Frankenberg:** Christ. Runkel als 1. Bev., Joh. Finke als 2. Bev., Reinh. Dieke als 3. Bev.; Max Köhler, Friedr. Köhler, Frau Höppner als Kontrolleure.

Provisorisch aufgenommen sind:

Anna Nutsch aus Bergel (z. R.), Joh. Skorniack aus Rawitsch (z. R.), Heinrich Fenger aus Chlastawe (z. R.). (331)

Richard Kobilke (z. R.), Reinh. Kobilke aus Rawitsch (z. R.), Herm. Schweimber aus Groß-Rodensleben, Reinh. Schlerfert aus Ochtmersleben, Johanne Joramm geb. Schilbach aus Schöneck, Theod. Lüderitz aus Magdeburg. (212)

Minna Graul aus Oranienbaum. (434)

Georg Fritz, Maria Grether aus Speyer, Joh. van Osterdorp aus Holland. (332)

Joh. Flietner (z. R.), Fr. D. Herder geb. Graßau aus Erfurt. (84)

Emma Neumann aus Halberstadt. (365)

Karl Graul aus Oranienbaum. (232)

Gust. Zimmermann aus Piesdorf. (162)

Alice Thom geb. Maaß aus Fürstenberg, Frau Zuchold geb. Arnhold, Otto Brehm aus Frankfurt a. O. (101)

Aug. Neumann aus Olbersdorf (z. R.), Otto Gutschmidt aus Wusterhausen. (182)

Babetta Koch aus Schönsee, Helene Schlegel aus Chemnitz, Emma Preußler, Minna Despang, Max Jarosch, Marie Pfefferkorn aus Frankenberg, Oswald Heinrich aus Dittersbach. (100)

Emma Kunze geb. Schmidt aus Pirna, Elsa Fehrmann aus Welschufe. (414)

Anna Kuhne, Frau Klemm aus Zeitz. (379)

Christ. Heck aus Geradstetten, Bertha Heck aus Stuttgart, Heinr. Walch aus Schorndorf. (330)

Marie Sidonie Eidner geb. Lehmann aus Rochlitz, Olga Zimmerer aus Chemnitz, Karl Ramst aus Altchemnitz, Selma Köhler geb. Zöllner aus Frankenberg, Anna Schubert geb. Gottwald aus Schweidnitz. (54)

Alwine Tieker aus Schöneck (z. R.), Martha Wolf aus Sperbitz. (67)

Aug. Krähnke aus Pinnow (Pommern), Herm. Liepert aus Schwedt. (335)

Gustav Proband aus Stepen. (247)

Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. **Der Vorstand.**

Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:

In **Clausthal:** Bei Anton Schrievers, Sorge 742. An Wochentagen von 7—9 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12—2 Uhr mittags.

In **Cüstrin:** Bei Franz Braun, Plantagenstraße 41. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 10—1 Uhr mittags.

In **Frankfurt a. O.:** Im Vereinslokal Vorwärts, Richtestraße 86.

In **Wernigerode:** Bei Karl Schunke, Breite Straße 70.

Adressenänderungen:

Für **Hildesheim:** H. Thias, 1. Bev., Goschenstraße 2, Hinterh.
Für **Weida:** Der 1. Bev. Otto Hartmann wohnt Unterstraße 12.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euere Versammlungen zahlreich!)

In **Braunschweig:** Montag den 1. Oktober abends 8½ Uhr in Stadt Lüneburg, Wendenstraße. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Berichterstattung des Delegierten von der Generalversammlung. 3. Berichterstattung der Vorortskommission. 4. Abrechnung der verausgabten Listen und deren Einnahme.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Weißenfels:** Sonnabend den 6. Oktober abends 8½ Uhr in der Centralhalle. Die Tagesordnung wird daselbst bekannt gemacht. Das pünktliche Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Burg bei Magdeburg. Die noch restierenden Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge zu begleichen. Bei Nichtbegleichung wird Streichung erfolgen.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Itzehoe. Der Verkehr ist in der Centralherberge von Wiekhorst, Sandberg.

Goslar a. H. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge bis 1. Oktober zu regeln, widrigenfalls § 7 Abs. d in Anwendung kommt.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Hiddenhausen. Den Kollegen zur Nachricht, daß sich die hiesige Zahlstelle aufgelöst hat.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Kiel. Beiträge werden jeden Sonnabend von 8—8½ Uhr entgegengenommen bei Aug. Ahrens, Alte Reihe 8, Centralhalle.

Berlin. Herberge und Arbeitsnachweis Weinstr. 11 bei Feind, Sprechstunden Wochentags von 10—11 Uhr vormittags und 5—6 Uhr abends. **Reiseunterstützung** bei Fr. Sperber, Ruppiner Str. 44, part. l., Wochentags von vormittags 9 Uhr bis 2 Uhr nachm.; Sonn- u. Festtags von vorm. 10—12 Uhr mittags. Beiträge werden entgegengenommen Montags von 7—9½ Uhr abends Ruppiner Str. 42 und Adalbertstr. 4, außerdem bei R. Kern, Stromstr. 47, den ganzen Tag. Sonnabends von 7—9½ Uhr abends bei Feind, Weinstr. 11. An- und Abmeldungen nur bei Fr. Sperber in der Wohnung oder Sonnabends bei Feind.

Aufzubewahren!

Sumatra-

Decktabake. Ich will mein großes Lager in Sumatras **schnell** und gegen **bar** räumen. Deshalb offeriere ich zu meinen alten billigen Preisen, Versand nach ganz Deutschland gegen Nachnahme in Postpaketen oder in Ballen und gewähre den außergewöhnlichen hohen Diskont **von 10 Prozent:**

	pr. Pfd.
Deli Matschy H, Vollblatt, weißer Brand	140 ₰
Pagoerawan S S 1, groß, Mittelfarben	180 „
Paju Jambu Lankat, Vollblatt, gut deckend	200 „
Deli Tabak, Vollblatt, guter Brand	200 „
Deli Tabak Matschy S, Mittelfarben, gut deckender Tabak	230 „
Deli Cultur, feinfarbiges Vollblatt, 3. Länge	250 „
E P Pagoerawan S S S I, mittelfarb. bis hell	250 „
Deli Tabak Matschy Lankat S, gut. Brand und Deckkraft	250 „
Senembah Matschy B K, Vollblatt, reine herrliche Mittelfarben	280 „
L P C/T, erste Sortierung, hellere Farben	280 „
Senembah Matschy P, feine Farben und Brand, etwas getigert	300 „
Deli Matschy E S S I, gut deck., Mittelfarb.	330 „
P D Deli, Vollblatt, rötlich hell, gut deckend	350 „
Amsterdamer Deli, hellrotes Vollblatt	375 „
St. Cyr Deli, hellrotes Vollblatt, fein. Tabak	400 „
B M Lankat L 2, feinste helle Farben	450 „

Alle meine **Umblatt- und Einlage-Tabake** als **Pfälzer** pro Pfund 70, 73, 75, 80 und 85 ₰, **Uckermärker** 70 und 75 ₰, Java 95 und 130 ₰, Brasil 110, 120 und 160 ₰, Carmen 105, 110, 120, 125, 130 ₰, Domingo 120 ₰ liefere zu diesen **billigsten** Preisen netto Kasse ohne Diskonto! Wer billig und gut fabrizieren will, kaufe bei mir.

Albert Kramolowsky
Breslau, Ring 60
Roh- und Kautabake, Cigarettenfabrik.

Roh-Tabak.

Sumatra à 130 Pfg., Vollblatt mittel bis braun, 150 mittel u. dunkel, 180 dunkelbraun, 220 mittel u. braun, 230 mittel, 250 braun, 260 hell, 270 mittel u. dunkel, 280 hell u. mittel, 300 mittel u. hell, etwas matte Farben, 320 mittel, 330 hell u. graue Farben, 360 mittel u. braun, 380 mittel bis braun, **Borneo** 400, hellgoldfarbig u. etwas blaßgrau, **Java**, Einlage à 85, 90 u. 95 Pfg., leicht u. kräftig, **Java**, Umblatt à 110 u. 130 Pfg., sehr fein, **St. Felix-Brasil** 110—140 Pfg., **Mexiko**, Ersatz für **Brasil** 125 Pfg., kräftig, **Domingo** 105—115, **Carmen** 100—120 Pfg., **Havanna** 500 bis 600 Pfg., **Mexiko-Decke**, gute Qualität, weißer Brand, deckt mit 3 Pfd. à 300 Pfg., **Losgut** 85 Pfg., **Elsässer Rebut, Umblatt** 80 Pfg., **Märker** 75 Pfg., **Formen, Pressen** und **Utensilien** empfiehlt und versendet stets prompt unter Nachnahme

Berlin, Brunnenstraße 188. **M. Herholz.**

En gros. **Rohtabak** En détail.

F. W. Helmecke, Magdeburg.

Grosse Auswahl! **Billigste Preise!**
Preisliste gratis und franko.

Rohtabak

in- und ausländisch verzollt, empfiehlt und versendet per Nachnahme
Hermann Helmbold, Mühlhausen i. Thür.

Roh-Tabake.

Große Auswahl. Billigste Preise.
Sumatra Decker 150, 180, 200, 225, 250, 300, 350, 400, 450, 500 ₰ per Pfund.
Vorstenlanden Decker 175, 200 ₰, **Einlage** 90, 95 ₰
Javas 80, 85, 90, 95, 105, 120, 125 ₰
St. Felix 125, 135, 145, 175, 300 ₰
Mexiko 225, 250, 350 ₰
Losgut Umbl. u. Einl., gesund u. trocken, 85 ₰
Elsässer Uckermärker Bühlerthaler zu den billigsten Preisen. — Jedes Quantum wird verkauft. Nach auswärts Versand gegen Nachnahme.
E. Erbe, Berlin C., Auguststr. 36.

Rohtabak.

Große Auswahl. Billigste Preise.
Sumatra-Decker, pr. Pfd. ℳ 1.50, 1.80, 2.—, 2.20, 2.50, 2.75, 3.—, 3.25, 3.50, 4.—.
Sumatra-Umblatt, pr. Pfd. ℳ 1.10, 1.20.
Java-Decker, pr. Pfd. 1.50, 2.—, 2.25.
Java-Umblatt, pr. Pfd. ℳ 0.90, 1.—, 1.20.
Java-Einlage, pr. Pfd. ℳ 0.75, 0.80, 0.85.
St. Felix-Brasil, pr. Pfd. ℳ 0.80, 1.—, 1.10, 1.20, 1.50, 1.80, 2.40.
Domingo-Umblatt, pr. Pfd. ℳ 0.85, 0.90, 1.00, 1.10, 1.20.
Carmen-Umblatt, pr. Pfd. ℳ 0.75, 0.80, 0.90, 1.—, 1.10, 1.20.
Seedleaf-Umblatt, pr. Pfd. ℳ 0.80, 0.90, 1.—, 1.10, 1.20, 1.30.
Gemischte Einlage, nur aus überseeischen, gesunden, originalen Tabaken bestehend, pr. Pfd. ℳ 0.70, 0.75, 0.80, 0.85.
Versand unter Nachnahme.
Credit nach Uebereinkunft.

Brandt & Sohn
Bremen, Breitenweg 30.

Nicht zu übersehen!

Folgende **Rohtabake** offeriere verzollt: **Sumatra** in allen Längen und Farben, pr. Pfd. 150—250 ₰, **Java** 70—100 ₰, **Seedleaf** 85—150 ₰, **Brasil** 90—200 ₰, **Domingo** 85—130 ₰, **Carmen** 80—130 ₰, lose gereinigte Blätter rein amerikanischer gesunder blattiger Tabak 70—85 ₰.
Versand-Postkolli netto 9 Pfd. **unter Nachnahme.**
C. Strohmann, Bremen
Fichtenstraße 3.

Sumatra

schöne mittelbraune Decke, Vollblatt, 2. Länge, weißer Brand, pr. Pfd. 1.50 ℳ verzollt offeriert
Carl Krause, Dresden-N.
Förstereistraße 9.

Sumatra!

höchste Deckkraft, weißer Brand, per Pfd. nur **2.30, 2.60, 2.80 Mk.** und höher; alle anderen Tabake zu Bremer Preisen empfiehlt
Carl Roland, Berlin SO.
Kottbuser Straße 3a.

L. Cohn & Co.

jetzt:
Berlin N.
24 Brunnenstr. 24.

Rohtabak-Preisverzeichnis auf Wunsch kostenlos sofort.

Tüchtiger solider Kautabakmeister

welcher mit der Fabrikation des Nordhäuser Kautabaks vollständig vertraut ist, sucht sofort Stellung als Meister oder erster Spinner. Offerten bitte an **Karl Geilert, Döbeln,** Klostergasse 4, zu richten.

Ein junger, tüchtiger und solider
Cigarrenarbeiter
findet gute und dauernde Beschäftigung. Lohn per Mille 7.50 bis 8 Mk. bei aufgesetztem Deckblatt.
Wilhelm Armbrecht
Stroit, Post Naensen.

Eine geübte Cigarrenmacherin, die selbst mit Wickel macht, findet sofort gute und dauernde Beschäftigung. Lohn pro Mille bei freier Zurichtung 8 ℳ. **L.-Reudnitz,** Gemeindestr. 42, Cig.-Gesch.

Tüchtiger gewandter Kistenmacher
findet bei hohem Accordlohn dauernde Beschäftigung.
F. C. Schwabe & Co., Rauen.

August Laugsch wird ersucht, seine Adresse einzusenden. Durch den Tod des Vaters wird die Unterschrift vom Gericht verlangt. Event. wollen mir die Kollegen seine Adresse mitteilen. Porto wird vergütet. **Johanna Heider, Miloslaw.**

Tabakspinner **Richard Andrecht,** bitte sende mir sofort Deine Adresse wegen dringender Angelegenheit. **Fritz Böhl, Rostock i. M.**
Doberanerstraße 112, II.

Hermann Linnenbröger, Cigarrenarbeiter, um Deine Adresse bittet **C. Henne,** Cigarrenarbeiter, **Boizenburg a. Elbe.**

Unserem Freund und Vereinskollegen
Karl Wattke aus Sommerfeld
zu seinem am 30. d. Mts. stattfindenden 18. Wiegenfeste ein dreifach donnerndes Hoch.
Die Kollegen der Zahlstelle Senftenberg.

Verspätet!

Unserem Freund und Vereinskollegen **Gottfried Hebrans** aus **Lüttich-Belgien** zu seinem am 27. Septbr. stattgefundenen 44. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der Zahlstelle Senftenberg.

Unserer Freundin u. Kollegin **Selma Himmerlich** zu ihrem 18. Wiegenfeste die herzlichste Gratulation.
Die Kolleginnen der Genossenschafts-Fabrik Frankenberg.
H. Thomas. M. Lange. G. Preußner.
A. Hoheisel.

Unserem Freund und Kollegen, dem 1. Bevollmächtigten **Hermann Kaufmann** zu seinem am 26. stattgefundenen 25. Wiegenfeste ein donnerndes Lebehoch.
Seine Mitarbeiter der Hoffschen Fabrik.

Unseren beiden Kollegen **Michael Centner** und **Michael Seebach** zu ihren am 29. September und unserem 2. Bevollmächtigten **Franz Knöpfler** zu seinem am 4. Oktober stattfindenden Namensfeste ein 9999999 mal donnerndes Hoch.
Die Kollegen der Zahlstelle Ingenheim.

Danksagung.

Für die Teilnahme und schönen Blumenspenden bei der Beerdigung meines Sohnes, unseres Bruders **Richard** sagen wir allen Teilnehmern unseren herzlichsten Dank.
Görlitz, den 24. September 1900.
Heinrich Hoppe nebst Geschwistern.

Todes-Anzeige.

Am Dienstag den 25. September starb nach kurzem, schwerem Leiden infolge eines Rippenbruches Kollege **Leonhard Ehemann** im 50. Lebensjahre. Leicht sei ihm die Erde.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Tabakarbeiter von Ansbach.

Druckfehlerberichtigung.

In der Todesanzeige der Mitglieder in Luxemburg lies statt Otto Lens, Otto Sens aus Zerbst.

Briefkasten.

Bei Einsendung der Beträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.

H. H., Treuenbriezen 50 ₰ — **A. D., Ingenheim** 60 ₰ — **Koll., Frankenberg** 70 ₰ — **F. B., Rostock i. M.** 40 ₰ — **H. H., Görlitz** 70 ₰.

Verantwortlicher Redakteur: F. Geyer, Leipzig, Südstraße 73, — Rotationsdruck und Verlag von G. Heinisch in Leipzig.